



WIRTSCHAFTSBUND

Abänderungsantrag
an das Wirtschaftsparlament
der Wirtschaftskammer Österreich am 30.11.2017

zu TOP 6.7

SWV: Matznetter, Pokorny, Safferthal: Solidarische Mitgliedschaft erhalten

Die Sozialpartnerschaft in Österreich gewährleistet Rechtssicherheit durch gemeinsame Ausverhandlung von Kollektivverträgen, was eine der geringsten Streikquoten in Europa sichert. Sie sichert Qualität bei der Ausbildung – bei dualer Ausbildung, Abnahme der Meisterprüfung oder Finanzierung der Fachhochschulen sind die Kammern unverzichtbar. Und sie tragen zur Aufrechterhaltung des sozialen Friedens bei. Dafür brauchen wir die Selbstverwaltung: in Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Landwirtschaftskammer, Landarbeiterkammer, Rechtsanwaltskammer, Notariatskammer, Kammer der Wirtschaftstreuhänder, Kammer der Architekten und Ingenieurskonsulenten, Ärztekammer, Tierärztekammer, Dentistenkammer.

Durch die Einbindung der Sozialpartner in den Gesetzgebungsprozess wird ein frühzeitiger und umfassender Interessenausgleich sichergestellt. Dies wird über die solidarische gesetzliche Mitgliedschaft gewährleistet. Als Selbstverwaltung der Unternehmer bedeutet sie Freiheit von staatlichem Zwang. Die Unternehmen brauchen bei der Bewältigung der großen Zukunftsthemen – Digitalisierung, Internationalisierung, Fachkräftemangel – einen starken Partner an ihrer Seite, der ihre Interessen im Rahmen der Sozialpartnerschaft vertritt.

Dem Antrag des SWV ist also grundsätzlich zuzustimmen. Einige Formulierungen (Schutz vor der „Willkür von Großkonzernen“) sind allerdings ebenso wie der Antragstext selbst – soweit er sich an Außenminister Kurz und FPÖ Obmann H.C. Strache wendet, die notwendige, strukturelle Änderungen innerhalb der WKO anstoßen sollen - abzulehnen. Die österreichische Wirtschaft profitiert von einem gedeihlichen Miteinander zwischen Klein-, Mittel- und Großbetrieben. Und die WKO ist – wenn man Selbstverwaltung ernst nimmt - am besten dazu geeignet, notwendige Reformen anzustoßen und umzusetzen. So wie es zum Beispiel durch die aktuelle WKO-Reform geschieht, die die Mitgliedsunternehmen um mehr als 100 Mio EUR entlastet.

Vor diesem Hintergrund stellen die unterzeichnenden Delegierten den nachstehenden

AÄA:

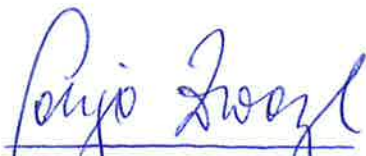
Das Wirtschaftsparlament der WKÖ spricht sich im Zusammenhang mit den aktuellen Verhandlungen zur Bildung einer Koalition für die Beibehaltung des Erfolgsmodells einer solidarischen gesetzlichen Mitgliedschaft in allen Kammern aus.



(Ing. Josef HERK)
Präsident



(Ing. Renate Scheidelbauer-
Schuster)
Bundespartenobfrau



(Konrad Sauer Ewazl)
Präsidentin